

Gegen eine Krise hilft nur eine strategische Ausgabenpolitik, sagen 1848 Sozialdemokraten

1848: Sozialdemokratische Gedanken zur Rettung der Industrie durch Staatsintervention.

Von Bernd Schimmler*

Selbst eine Administration Bush will für seine Rettungsleistungen in die Teile der Privatwirtschaft eingreifen. Konjunkturprogramme zur Rettung bestimmter Industrien haben quasi Hochkonjunktur. Sozialdemokratische Theoretiker sehen – so in der „Berliner Stimme“ - schon in der US-amerikanischen Politik ein Aufkeimen des Stamokap.

Aber zu Zeiten als der Begriff Sozialdemokratie allenfalls bei wenigen Theoretikern und mit der Tendenz, nicht revolutionär zu sein, verwendet wurde, gab es einen der über staatliche Eingriffspolitik in die Wirtschaft mit – damals- fortschrittlichen Erwägungen sich auf der publizistischen Bühne meldete.

Moritz Rittinghausen, späterer sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Solingen – immer eine Außenseiter in der Fraktion –, wurde durch seine Forderungen für eine direkte Gesetzgebung durch das Volk, die Eingang in das Programm der SPD 1869 (Eisenacher Programm) fand, bekannt. Die Parteiführung sandte seine Vorstellungen in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts

als sie zunehmend auf Parlamentarisierung setzte in den Orkus des Vergessens. Diese Forderung nach einer direkten Gesetzgebung hatte Rittinghausen auch im Ausland bekannt gemacht. Seine erste größere Publikation hatte er 1848 mit damals bahnbrechenden Forderungen zur Gesundung der Wirtschaft, die heute kaum noch bekannt sind – wie auch ihr Autor nur wenigen bekannt ist.

Bemerkenswert ist allerdings, dass er wegen seiner Schriften in die belgische Nationalbiographie aufgenommen wurde, hatte er im Exil in Belgien doch z.B. sich Gedanken über die Verteidigung Belgiens gemacht und dabei den Schlieffenplan als eine Möglichkeit preußisch-deutscher Angriffspolitik vorausgeahnt.

Moritz Rittinghausen wurde entweder am 22. oder was wahrscheinlicher ist am 27. November 1814 in Hückeswagen bei Remscheid geboren. Über das Elternhaus und die Jugendjahre, sowie die Ausbildung sind nur Kenntnisse aus den Selbstzeugnissen Rittinghausens bzw. der Familie zu erfahren.

Im Januar 1837 ging der 23jährige Rittinghausen nach Belgien, das sich erst jüngst als Staat im europäischen Konzert gebildet hatte. Dort fiel er frühzeitig auf, als er einen offenen Brief an den belgischen König schrieb, den er auf soziale Probleme des Landes hinwies. Damit griff er ein Thema auf, dass aufmerksame Chronisten und Sozialwissenschaftler in den vierziger Jahren auch in Deutschland sehr vorwärts schauend thematisierten. Im selben Jahr veröffentlichte er eine Übersetzung Anton F.J. Thibauts Theorie der logischen Auslegung des römischen Rechts. Auch diese Übersetzung kann man als einen programmatischen Hinweis auf die Entwicklung des jungen Rittinghausen nehmen. Übersetzte er doch jenen Vertreter der Schaffung eines gemeindeutschen Gesetzbuches, der sich zwar an französische Vorbilder anlehnte, aber eine Übernahme des napoleonischen Code Civil ablehnte, der in

Deutschland in scharfen Gegensatz zum immer noch dominierenden römischen Recht stand, dass der bedeutende deutsche Jurist Savigny u.a. als Grundlage beibehalten wollten.

Nach einer kurzen Inhaftierung - er war fälschlich einer Tatbeihilfe beschuldigt worden - kehrte er 1838 nach Deutschland zurück.

Politisch tritt Rittinghausen erstmals für eine deutschlandweite Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung von Friedrich Engels hervor, der in einem Bericht über den Freihandelskongress in Brüssel von 16.-18. September 1847 berichtete, an dem Rittinghausen teilnahm. Nach der Darstellung von Friedrich Engels wies Rittinghausen auf die schlechte Situation der deutschen Industrie hin und versuchte damit Schutzzölle zu rechtfertigen. Karl Marx bezeichnete seine Rede als fade.

Rittinghausen wird später als Mitglied des Frankfurter Vorparlamentes bezeichnet. Die Nachweislage ist dürftig. Danach arbeitete er an der "Neuen Rheinischen Zeitung" mit. Im Revolutionsjahr 1848 engagierte sich Rittinghausen in Köln als Mitglied des Sicherheitsausschusses und der Demokratischen Gesellschaft. Auf einer Sitzung dieser Gesellschaft am 11.8.1848 setzte er sich für einen Protest gegen den Versuch ein, Karl Marx das Staatsbürgerrecht zu entziehen.

Auf einer solchen Versammlung setzte sich Rittinghausen auch erstmals für eine direkte Gesetzgebung durch das Volk ein; eine Forderung die ihn später in der Sozialdemokratie und in Frankreich bzw. der Schweiz bekannt machte.

Neben dieser aktiven Teilnahme an der Ereignissen des Jahres 1848 verfasste Moritz Rittinghausen noch eine kurze Arbeit, betitelt: "Über die Organisation der Staatsindustrie", die im Folgenden dargestellt wird.

* Bernd Schimmler, Rechtsanwalt, geb. 1949, war von 1977 bis 1986 Staatsanwalt u.a. für NS-Delikte, von 1986 bis 2000 Bezirksstadtrat in Berlin-Wedding, von 2001 bis 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Publikationen zu den NS-Sondergerichten in Berlin, den Lageberichten der NS-Justiz in Berlin und zum Berliner Arbeiterbezirk Wedding.

"Über die Organisation der Staatsindustrie".

Mit dieser Schrift forderte Rittinghausen Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage – die reale Situation überschätzend-, "denn der Proletarier steht bewaffnet da und wird jene, die nicht aus Menschlichkeit fortschreiten wollen, mit der Spitze des Bajonetts antreiben". Rittinghausen denkt allerdings nicht an eine Verstaatlichung der Industrie, sondern an staatliches Eigenengagement: der Staat soll eigene Betriebe nach sozialistischen Prinzipien organisieren. Unter der Staatsindustrie versteht er dabei jene "Industrie, die der Staat nicht aus den Händen geben kann, ohne dass sie in dem Besitze Weniger zu einem für die Gesamtheit drückenden Monopol wird, und ohne dass sich der Staat gewisser nur ihm zustehender Rechte zu Gunsten von Privatpersonen entäußert." Als Beispiele führt er Eisenbahnen, staatliche Bauten, Häfen, Kanäle u.a. an. Zum Ende des Jahrhunderts sollte er Recht bekommen.

Außerhalb dieses Rahmens will er jedoch keinen "regelnden Eingriff in die Privat-Industrie", weil "diese doch nur durch vollkommene Freiheit blühen und gedeihen kann". Rittinghausen propagierte also bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die Herausnahme einzelner Wirtschaftsbereiche aus dem Marktgeschehen, wie dies spätestens seit Bismarck zunehmend geschah. Um dem Staat die Möglichkeit einzuräumen, derartige Projekte durchführen zu können, kommt er auf einen für die damalige Zeit geradezu ketzerischen Gedanken, dem - um einen neueren Begriff zu verwenden - deficit spending. Die Entwicklung des Begriffes ist bei Keynes, *General Theory of Employment, Interest and Money*, London et al. 1936 festgelegt, bei Schmölders, *Geschichte der Volkswirtschaftslehre und Napoleoni*, Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien ausführlich geschildert.

"Der Staat bedarf keinen baren Geldes zur Ausführung einträglicher Arbeiten; er braucht nur guten Willen zu zeigen und wird so viele Eisenbahnen, Kanäle und Landstraßen, als immer er will, gleichsam aus der Erde hervorzubringen, so oft er sich nur durch gute Berechnungen über die wirkliche Nützlichkeiten dieser Arbeiten leiten lässt und seinen Kredit zu benützen versteht."

Allerdings geht Rittinghausen noch nicht soweit wie achtzig Jahre später Keynes, der auch Staatsausgaben und staatliche Verschuldung für unrentable Objekte ins Auge fasst. Für Rittinghausen ist es wichtig, dass die Staatsbetriebe Gewinne erwirtschaften. Dabei erkennt er auch bereits die Bedeutung der staatlichen Ausgabenpolitik für die Arbeitsbeschaffung.

"Wir verlangen, dass der Staat (...) von seinem Kredite (...) einen uns allen vorteilhaften Gebrauch mache; dass er ihn unter anderem zur Schaffung öffentlicher Arbeiten verwende." Diese Forderung war zu seiner Zeit keineswegs utopisch. In zahlreichen Fällen wurden gerade im Umfeld der gescheiterten Revolution von 1848 so genannte Notstandarbeiten verrichtet, die letztlich auch - vielleicht vielfach nur allein - den Zweck hatten, arbeitslose Kreise zu beschäftigen, um sie von revolutionären Aktionen abzuhalten. Beispiel hierfür können die Notstandarbeiten in den Berliner Rehbergen sein, die einerseits eine Vorarbeit für zukünftige Kanal- und Parkanlagen waren, andererseits trotz zwischenzeitlicher Ängste des Berliner Bürgertums, eine beschäftigungspolitische und letztlich gesellschaftliche Beruhigung erzeugende Wirkung für das Berliner Proletariat hatten. Man schaufelte den Sand der Rehberge hin und her und zog nach Berlin "wenn die Freiheit in Gefahr ist", was meist bedeutete, dass man sich mit Lohnerhöhung oder Befreiung eines wegen Trunkenheit arrestierten Kameraden zufrieden gab.

Einwände gegen eine derartige beschäftigungswirksame Ausgabenpolitik versucht Rittinghausen mit pragmatischen Argumenten zu begegnen. So hebt er die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hervor, sowie, dass die Staatsverschuldung schließlich durch alle Staatsangehörigen abgedeckt sei und dass seiner Vorstellung nach auch keine Geldmittel dem Wirtschaftskreislauf entzogen würden. "Handel und Gewerbe werden schneller aufblühen..." Während er mit diesen Argumenten in bürgerlichen Kreisen Unterstützung sucht, macht er Sozialdemokraten darauf aufmerksam, dass auch damals der Staat bereits bei Liquiditätskrisen der privaten Wirtschaft unter die Arme griff, allerdings ohne einen Vorteil - z.B. beschäftigungspolitischer Art - hieraus zu ziehen.

Argumente gegen seine Vorschläge führt er selbstbewusst darauf zurück, dass das Bürgertum seine Vorrangstellung behalten wolle: "Unsere Finanzmänner wollen sich bereichern und die regieren bis jetzt noch immer den Staat,...". Rittinghausen projiziert in dieser Schrift bereits auch Modelle, um breitere Volksschichten an den staatlichen Maßnahmen zu beteiligen. Er geht dabei davon aus, dass die staatlichen Ausgaben durch die Notenpresse finanziert werden und zwar, um den Geldumlauf nicht zu sehr aufzublähen, mit einem eigenen Zahlungsmittel für den jeweiligen betroffenen Investitionsbereich, z.B. der damals besonders aufstrebenden Eisenbahn. Dieses Zahlungsmittel sollte dann nach und nach, spätestens nach 50 Jahren, wieder eingezogen werden und zwar gegen Auszahlung eines Gewinnes. Anschließend sollten sie verbrannt werden. Diese staatlichen Schuldverschreibungen, die aus heutiger Sicht durchaus inflationär wirken könnten, sollten dem Investor Gewinne bringen. Aber auch der Arbeitnehmer, der an den Projekten arbeitete, sollte seinen Anteil erhalten.

Rittinghausen schlug hierfür eine - damals noch keineswegs in der Diskussion befindliche - Renten-

zahlung vor, die sich auf 2 % der Gesamtlohnsumme während der Laufzeit des Projektes, also z.B. dem Bau einer Eisenbahnstrecke, belaufen sollte. Er wollte damit Arbeitsanreize ebenso schaffen, wie die Altersversorgung sichern. Voraussetzung aller dieser Pläne war für ihn jedoch immer, dass das Unternehmen Gewinn erwirtschaftete.

Rittinghausen hat mit dieser kleinen Schrift den Versuch unternommen, die Wirtschaft seiner Zeit in Teilbereichen auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsformen teilweise neu zu regeln und ist dabei zu für seine Zeit recht weit reichenden Forderungen gekommen. Voraussetzung war für ihn immer die Entwicklung der Produktion, die er auch durch Schutzzölle zu sichern suchte. Erst später verwies auch Rittinghausen auf die Zusammenhänge von privatem Eigentum und politischer Macht. In wirtschaftlichen Fragen wurde er allerdings später kaum je so konkret wie in dieser Schrift. Seine - ihn bekannt machende - Forderung nach einer direkten Demokratie durch das Volk beinhaltete eigentlich auch die Möglichkeit eines Eingriffes in das private Eigentum und die Produktentwicklung, wenn eine Mehrheit so entschieden hätte. Konkret nahm er allerdings hierzu nur unzureichend Stellung. Die Verstaatlichung von Grund und Boden war für ihn allerdings ein wichtiges Thema, dem er sich mehrmals widmete. Daneben setzte er sich nur noch für Verstaatlichungen des Versicherungswesens ein. Diese differenzierte Vorstellung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist - wenn man berücksichtigt, dass sie am Beginn der Entwicklung eines späteren sozialdemokratischen Politikers steht, schon bemerkenswert und auch für die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts höchst beachtenswert.